

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
1. Die politische Freiheit der Beamten vor 1918	20
2. Die Umgestaltung der politischen Rechtsstellung der Beamten durch die Novemberrevolution und die Nationalversammlung	31
2.1 Die Übernahme des monarchischen Beamtenapparats durch die Revolution	31
2.2 Die Ausweitung der politischen Freiheit der Beamten in der Revolution	33
2.3 Die Bestrebungen zur Erhaltung des traditionellen Berufsbamtentums	35
2.4 Die Verankerung der politischen Rechte der Beamten in der Weimarer Reichsverfassung	38
3. Die grundsätzliche Auseinandersetzung um Inhalt und Tragweite des Verfassungseides der Beamten	43
3.1 Der Streit um die Vereidigung der Beamten im Herbst 1919 ...	43
3.2 Die Haltung der Beamten während des Kapp-Lüttwitz-Putsches	50
3.3 Die Stellungnahme der Disziplinargerichte	52
4. Die Entwicklung der Rechtslage bis zum Sommer 1922	55
4.1 Die Ausdehnung der politischen Pflichten auf das außerdienstliche Verhalten	55
4.2 Die Entstehung der besonderen gesetzlichen Vorschriften über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik	58
4.21 Der Entwurf der USPD vom September 1921	59
4.22 Der Vorentwurf des Reichsinnenministeriums vom Januar 1922	61
4.23 Das thüringische Gesetz über die Pflichten der Beamten in der Republik	62
4.24 Das Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik	63
4.25 Die Gesetzgebung in den Ländern	70
5. Die allgemeinen Grundsätze über die politische Freiheit der Beamten in der weiteren Entwicklung	72

6.	Die politische Meinungsfreiheit der Beamten	80
6.1	Der Umfang der politischen Pflichten im allgemeinen	80
6.2	Die politischen Pflichten innerhalb des Dienstes	82
6.3	Die politischen Pflichten außerhalb des Dienstes	90
6.31	Die Pflichten gegenüber den verfassungsmäßigen Institutionen und Symbolen der Republik	90
6.311	Die anerkannten Regelungen	90
6.312	Die Bestrebungen zur engeren Bindung der Beamten an die verfassungsmäßige Ordnung	94
6.313	Die Aufspaltung der Treuepflicht	98
6.32	Die Pflicht zur rücksichtsvollen Achtung vor den Inhabern öffentlicher Ämter	104
6.33	Das Verbot der außerdienstlichen Schädigung des Amtes	108
6.34	Die Pflicht zur Sachlichkeit in der politischen Auseinandersetzung	110
6.4	Die besonderen Pflichten der politischen Beamten	112
7.	Das Petitionsrecht der Beamten	119
8.	Die Teilnahme der Beamten an der unmittelbaren staatlichen Willensbildung	124
8.1	Die Ausübung des aktiven Wahlrechts	124
8.2	Die Teilnahme an der Vorabstimmung in Hannover (Mai 1924)	125
8.3	Die Teilnahme am Volksbegehren gegen den Youngplan (Oktober 1929)	126
8.4	Die Teilnahme am Volksbegehren und am Volksentscheid über die Auflösung des preußischen Landtags (1931)	135
9.	Das Verhältnis der Beamten zu „revolutionären“ Organisationen ..	137
9.1	Kommunistische Organisationen	138
9.2	Rechtsradikale Organisationen	144
9.21	Der thüringische Beamtenrevers	145
9.22	Beamte und Stahlhelm	147
9.23	Beamte und NSDAP	154
10.	Die Diskussion um die „Entpolitisierung“ der Beamten	178
11.	Schlußbemerkungen	195
	Anhang	201
	Literaturverzeichnis	217